

Frankfurt, 9. März 2016

# PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,  
Präsident des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

## **Statement**

## **Jahrespressekonferenz**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:  
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4  
10785 Berlin  
Telefon: (030) 20 21-13 00  
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: [www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
E-Mail: [presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Die **1.021 deutschen Genossenschaftsbanken** bewiesen im Jahr 2015 ihre Ertragskraft auch unter widrigen geldpolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen: Sie hielten – bei sinkenden Zinsmargen – mit einem vorläufigen Jahresüberschuss nach Steuern von 2,1 Milliarden Euro annähernd das hohe Niveau ihrer Ergebnisse des Vorjahres (minus 0,8 Prozent). Gleichzeitig rüsteten die Kreditgenossenschaften sich unternehmerisch für die Zukunft.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken wuchsen erneut im Kundengeschäft – und zwar sowohl auf der Kredit- als auch auf der Einlagenseite mit plus 4,8 Prozent auf 505 Milliarden Euro beziehungsweise plus 4,5 Prozent auf 608 Milliarden Euro. Wieder verzeichneten die Kreditgenossenschaften Marktanteilszuwächse, vor allem im Kreditgeschäft. Diese positive Marktentwicklung ging einher mit einer kräftigen Steigerung der Eigenkapitalpositionen der Ortsbankenebene. Die aggregierte Bilanzsumme unserer Ortsbanken hat sich im letzten Jahr um 3,8 Prozent auf 818 Milliarden Euro erhöht. Mitglied in einer Genossenschaftsbank zu sein, ist bei unseren Kundinnen und Kunden unverändert begehrt: 18,3 Millionen Mitglieder konnten wir im Jahr 2015 zählen. 258.000 kamen netto hinzu.

Meine Damen und Herren, Europa hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es gerade in schwierigen Zeiten weitreichende Entscheidungen treffen kann. Mit der Schaffung der Rettungsschirme für Staaten in Schieflagen und bei der Einrichtung der **Bankenunion** wurde die Architektur des Euroraums wesentlich weiter entwickelt. Damit der Euroraum zu einem stabilen Ganzen wird, muss sich aber auch am Verhalten der Eurostaaten etwas ändern.

Für ein erfolgreiches Miteinander im Euroraum ist gegenseitiges Vertrauen unentbehrlich. Vertrauen allerdings kann nur entstehen, wenn alle europäischen Partner die gemeinsam verabredeten Regeln einhalten. Ein Blick auf die **öffentlichen Haushalte innerhalb der Europäischen Union (EU)** zeigt deutlich, dass sich manche Länder regelmäßig stärker verschulden als es im Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubt ist. Das französische Defizit etwa liegt seit acht Jahren in Folge oberhalb der Maastricht-Grenze von 3 Prozent der Wirtschaftsleistung, die Schuldenquote erreicht immer wieder neue Höchststände. Auch Italien gelingt die Konsolidierung nicht, dabei wäre ein Umsteuern dort wegen des extrem hohen Schuldenstands von gut 130 Prozent der Wirtschaftsleistung noch dringender.

Auch vor dem Hintergrund der Zinserleichterungen durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist wenig nachvollziehbar, wie ungenügend konsolidiert viele nationale Haushalte sind. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie der DZ BANK betrug der

Finanzvorteil durch die aktuelle Niedrigzinspolitik in den Jahren 2012 bis 2015 allein für Italien 53 Milliarden Euro. Spanien hatte in diesem Zeitraum Zinsersparnisse von rund 25 Milliarden Euro.

Mehr Verlässlichkeit brauchen wir auch in der **Bankenunion**. Europa hat eine Bankenabwicklungsrichtlinie verabredet, eine Bankenaufsicht durch die EZB etabliert und außerdem im Rahmen einer Richtlinie die Einlagensicherungssysteme in Europa harmonisiert, damit diese allorts befüllt werden und einem gemeinsamen Standard entsprechen. Allerdings haben immer noch zahlreiche Länder Europas versäumt, die seit letztem Sommer geltende Einlagensicherungsrichtlinie ganz oder in Teilen umzusetzen – darunter Belgien, Italien und Griechenland. Auch das Bail-In-Verfahren, erst seit wenigen Wochen in Kraft, trifft bereits auf Ablehnung. Aus Italien kommen Forderungen, den Mechanismus doch lieber aufzuschieben. Hier wünsche ich mir einmal deutlichere Worte der fünf Präsidenten der EU-Institutionen.

Stattdessen dringt man – übrigens auch sehr laut in Italien – auf eine bislang nicht verabredete Weiterentwicklung der gerade eingeführten europäischen Einlagensicherungsrichtlinie zu einer **europäischen Zwanghaftungsgemeinschaft**. Haftungen sollen nationale Systeme mit eher vollen Sicherungstöpfen für andere mit leeren Töpfen. Begründet wird dies mit dem Gedanken, dass Einlagen in allen Ländern der Eurozone gleich sicher sein sollen. Die deutschen Genossenschaftsbanken lehnen in engem Schulterschluss mit der deutschen Sparkassenorganisation und den privaten deutschen Banken, wie Sie wissen, diese Pläne strikt ab. Denn wir wissen, dass Stabilität auch in Europa auf Dauer nur entsteht, wenn Haftung und Kontrolle Hand in Hand gehen. Das entspricht nicht nur unserer ordnungspolitischen Position, sondern wir sind dies auch den Sparerinnen und Sparern schuldig, die ihre Einlagen einer Genossenschaftsbank anvertraut haben und die auf die Effizienz unserer bewährten Systeme vertrauen dürfen. Mehr zu diesem Thema werden Sie später von Herrn Hofmann hören.

Am morgigen Donnerstag, meine Damen und Herren, wird die EZB erneut über ihren geldpolitischen Kurs beraten. Auf die bisher ungenügende Wirkung ihrer **Geldpolitik** wird die EZB wohl mit einer weiteren Lockerung reagieren. Die Logik dabei: Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich in den vergangenen Monaten eingetrübt. Die Weltwirtschaft wird schwächer wachsen als noch vor Kurzem erwartet. Dies hinterlässt Spuren in der europäischen, aber auch in der deutschen Konjunktur. Gleichzeitig ist aufgrund des anhaltenden Überangebots an Öl kaum ein Auftrieb der Preise festzustellen.

Für uns stellt sich die Situation anders dar: Die Inflation wird sich aller Voraussicht nach im kommenden Jahr wieder leicht erhöhen. Auch die Erholung des Euroraums wird sich trotz aller

wirtschaftlichen wie auch politischen Risiken langsam fortsetzen. Eine Rezession sehe ich derzeit nicht – weder in Deutschland noch im Euroraum insgesamt.

Der geldpolitische Aktionismus schadet letztendlich auch dem Ruf der EZB. Der Eindruck drängt sich auf, EZB-Präsident Mario Draghi betreibe Geldpolitik mit der Brechstange. Die Instrumente haben sich nahezu abgenutzt. Schon das großvolumige Anleihekaufprogramm vom Januar 2015 hat wenig gebracht. Die geldpolitischen Schleusentore sind so weit geöffnet, dass die Ankündigung von noch mehr Liquidität die Stimmung an den Finanzmärkten nicht mehr lange bewegen wird. Im Übrigen sei die Frage erlaubt, für wen denn Geldpolitik gemacht wird: Für die Finanzmärkte, für eine billige Refinanzierung der Staaten oder für die Realwirtschaft? Bereits jetzt werden erste Planungen von Banken und Unternehmen für eine verstärkte Bargeldhaltung öffentlich, falls der EZB-Einlagenzins noch tiefer in den Negativbereich rutscht. Vertrauensbildend ist das nicht. Die Zentralbank begibt sich zunehmend in eine Glaubwürdigkeitsfalle – und die derzeit laufende Diskussion um die Abschaffung des Bargeldes trägt ihr Übriges dazu bei. Gelassenheit täte jetzt gut. Mit ruhiger Hand – nicht mit geldpolitischen Reflexhandlungen – ließe sich mehr Stärke demonstrieren.

Die aktuelle Niedrigzinspolitik zeigt zunehmend hässliche Nebenwirkungen, die die Realwirtschaft in immer stärkerem Maße zu spüren bekommt. Aus der Schweiz lernen wir, dass lang andauernde Niedrigzinspolitik dort sogar zu steigenden Kreditzinsen geführt hat. Vor allem für die **private Altersvorsorge** aber ist die extreme Geldpolitik der EZB Gift. Um ihr geplantes Sicherungsniveau zu erreichen, müssten viele Sparer die private Vorsorge aufstocken. Ob dies die Bürger bei den mageren Ertragsaussichten derzeit tun, ist zweifelhaft. Damit droht in den kommenden Jahrzehnten vor allem den Beziehern niedriger Einkommen eine wachsende Vorsorgelücke. Genauso schädlich wirken sich die niedrigen Zinsen übrigens auf die betriebliche Altersvorsorge und die Beiträge zur privaten Krankenversicherung aus.

Den gestiegenen Sparbedarf belegt eine vom BVR angeregte Studie des von Professor Axel Börsch-Supan geleiteten Münchener Max-Planck-Instituts für Sozialpolitik und Sozialrecht zur Leistungsfähigkeit der Riester-Rente im Niedrigzinsumfeld. Generell ist die Riester-Rente deutlich leistungsfähiger als ihr Ruf. Allerdings beruht ihre Konzeption auf dem vor der Krise üblichen Zinsumfeld.

Mit Blick auf die sich abzeichnende Rentenlücke brauchen wir angesichts der derzeitigen Zinssituation gerade für die unteren Einkommenschichten dringend höhere Fördersätze. Die Fördersätze wurden von der Regierung seit der Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 nicht

angepasst, obwohl im gleichen Zeitraum die Löhne und Gehälter um mehr als ein Viertel stiegen.

Meine Damen und Herren, die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ist trotz der zu erwartenden erheblichen Belastungen aus der wohl noch länger anhaltenden Niedrigzinsphase entschlossen, sich durch **unternehmerisches Handeln** erfolgreich weiterzuentwickeln. Dafür stellt unsere Organisation aktuell in engem Schulterschluss die Weichen. Wir arbeiten gemeinsam intensiv an Strategien für ein dauerhaft profitables Privatkundengeschäft. Der Blick richtet sich dabei nicht nur auf den Niedrigzins, sondern auch auf die Herausforderungen der Digitalisierung und Regulierungsflut für die Kreditgenossenschaften. Den Synergien, die sich aus den Fusionen unserer Zentralbanken und Rechenzentren ergeben, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Auch auf Ortsbankenebene wird an zahlreichen Stellen kooperiert – entscheidende Kostensynergien werden vielfach durch eine Restrukturierung der Filialnetze und die effiziente Abwicklung von Backoffice- und regulatorischen Pflichtaufgaben gehoben.

Die zunehmende Belastung gerade kleinerer und mittlerer Banken aus Regulierungsvorgaben – hierzu haben wir Ihnen ja im Herbst ein ausführliches Gutachten des House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt vorgestellt – wird inzwischen auch von der Europäischen Kommission erkannt. EU-Kommissar Jonathan Hill jedenfalls hat mit einer Konsultation zum EU-Regulierungsrahmen für Finanzdienstleistungen reagiert und will zumindest derzeit keine neuen Großprojekte mehr in Angriff nehmen. Dennoch werden wir gemeinsam mit den genossenschaftlichen Regionalverbänden mit aller Kraft weiter an der Durchsetzung des Proportionalitätsgedankens und einer Entlastung unserer Institute bei der Bewältigung regulatorischer Aufgaben arbeiten.

Nun aber zu Herrn Dr. Martin, der Ihnen die Geschäftsentwicklung des Jahres 2015 vorstellt.